

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 84 (2009)
Heft: 2

Artikel: Nationale Unsicherheit 2009 : Interview
Autor: Regli, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-714435>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nationale Unsicherheit 2009

Divisionär Peter Regli führte den Schweizer Nachrichtendienst (SND) und ist jetzt als gesuchter Berater für Sicherheitspolitik tätig. Was erwartet er von 2009?

■ *Herr Regli, Sie verfolgen tagtäglich die internationale sicherheitspolitische Lage und deren Entwicklung. Wo stehen wir im neuen Jahr?*

Peter Regli: Die internationale Sicherheitslage wird weiterhin durch die sogenannten asymmetrischen Herausforderungen geprägt sein. Im Vordergrund stehen die unkontrollierte Migration, die organisierte Kriminalität, der Nationalismus, der islamische Fundamentalismus verbunden mit dem Terrorismus und der ausländische Gewaltextremismus. Diese Risiken und Gefahren werden auch künftig in komplexen Szenarien auftreten und schwierig zu erkennen sein. Sie werden, besonders in der Krise, die politische Führung der Staaten, ebenfalls unseren Bundesrat, vor grosse Prüfungen stellen.

■ *Welche besonderen Aspekte beinhaltet die unkontrollierte Migration?*

Regli: Mit der unkontrollierten Migration kommen immer mehr Menschen von Ländern ausserhalb der EU zu uns. Sie suchen ein besseres Leben und eine hoffnungsvollere Zukunft. Diese Leute stammen aus ganz anderen Kulturkreisen. Sie sprechen selten unsere Sprachen, haben meistens keine genügende schulische und berufliche Ausbildung und werden ohne Vorbereitung mit unserer Lebensart und unseren «Spielregeln» konfrontiert.

■ *Wie werden sie aufgenommen?*

Regli: Insbesondere in der aktuellen schlechteren Finanz- und Wirtschaftslage und in unserem schrumpfenden Arbeitsmarkt werden diese Migranten nicht mit offenen Armen empfangen. Diese Menschen belasten rasch und markant die Asylstrukturen und anschliessend die Sozialdienste. Häufig gleiten sie in die Anonymität ab. In den europäischen Grossstädten werden sie meistens in den Ghettos ihrer Landsleute aufgenommen. Dort werden sie oft schnell radikalisiert. Es entstehen unerwünschte Parallel-Gesellschaften mit eigenen Regeln und Strukturen.

■ *Woher kommen diese?*

Regli: Eine Anzahl Zuwanderer aus Ländern wie der Türkei mit Kurdistan, Somalia,

Eritrea, Sudan, dem Irak, den Maghreb-Staaten, Ägypten, Pakistan wendet sich radikal islamischen Bewegungen zu und wird, leider zu oft, auch deren Gewalt-Aktivisten. Die zahlreichen Brandanschläge in mehreren europäischen Grossstädten über die Festtage, insbesondere in Frankreich, sind ein aktuelles Beispiel dazu.

■ *Wie sehen Sie die Entwicklung dieser Radikalisierung?*

Regli: Die Bedeutung der Ghettos in den Grossstädten Europas von Süditalien bis Schweden und Norwegen nimmt stetig zu. Es bilden sich autonome, rechtsfreie Strukturen mit Clancharakter, welche dem demokratischen Rechtsstaat und seinem Machtmonopol vermehrt auch mit grosser Gewalt entgegentreten.

■ *Wie agieren die Banden?*

Regli: Die regelmässigen Zusammenstösse zwischen gewalttätigen Jugendbanden und der Polizei gehören nunmehr in vielen Grossstädten von Neapel über Marseilles, Paris, Berlin, Brüssel, London, Amsterdam bis nach Bergen und Malmö zur täglichen Routine. Immer öfters setzen diese Jugendbanden auch Waffen ein. In grosser Zunahme begriffen ist ebenfalls der islamische Gewaltextremismus, welcher sich auf das Gedankengut des fundamentalistischen Islams abstützt.

■ *Hat Europa den islamischen Extremismus unterschätzt?*

Regli: Ganz eindeutig! Die meisten Staaten Europas schauen der Entwicklung zu kritiklos, ohne zu handeln, mit naivem «Gutmenschentum» zu. Der muslimische Bevölkerungsanteil ist in Europa, aufgrund der demographischen Entwicklung, rasch am Zunehmen begriffen. Damit verbunden sind auch die «islamspezifischen» Forderungen an die lokalen Behörden, welche nicht selten mit Drohungen und sogar mit Gewalt zur Durchsetzung gebracht werden.

■ *Verstehen wir den Islam?*

Regli: Der Westen hat den Islam ungenügend begriffen und ist sich dessen extremen Auswüchsen (noch) zu wenig bewusst. Das

Phänomen des «Appeasements» (Nachgeben, Kniefall) hat in zahlreichen Regierungsstuben und auch bei Behörden Einzug gehalten. Unsere Spielregeln werden vermehrt nicht durchgesetzt. Die betreffenden Personen werden aus Angst vor Repressalien des Öffern nicht zur Rechenschaft gezogen. «Laissez-faire» ist zu einer gefährlichen Tendenz mancher Politiker, Magistraten und auch Journalisten geworden.

■ *Was könnten wir dagegen tun?*

Regli: Wir müssen uns wieder an die Werte unseres jüdisch-christlichen Abendlandes zurückbesinnen, diese Werte hochhalten und sie auch mit Überzeugung verteidigen. Es ist dringend notwendig, mit den zugewanderten Menschen und deren Vertretern den Dialog zu suchen, auch interreligiös. Wir müssen den Zugewanderten unsere Spielregeln erklären und diese auch durchsetzen. Bei Missachtung ist konsequentes Handeln gefragt, was seitens der Behörden aber Rückgrat und Zivilcourage erfordert.

■ *Was machen die Gerichte?*

Regli: Unsere Gerichte müssen unser Recht umsetzen. Falsch wäre, in vorauseilendem Gehorsam, die Regeln des islamischen Rechts, der Scharia, zu akzeptieren. Den Zugewanderten ist unmissverständlich klar zu machen, dass Polygamie, Ehrenmorde, Zwangsehen, Beschneidung von Frauen, Halal-Schlachtung von Tieren, aber auch Sondergenehmigungen für Schülerinnen und Schüler im Schwimmen, beim Turnen, betreffend Klassenlagern usw. nicht Bestandteile unserer Kultur sind. Diesen Menschen ist zu erklären, dass sie sich den Gegebenheiten unserer Gesellschaft anpassen müssen.

■ *Unter Kontakt mit Frauen?*

Regli: Die Kontaktaufnahme mit den Frauen dieser fremden Kulturkreise wäre wichtig. Diese Frauen müssen über ihre Rechte, die sie in unserer Kultur haben, informiert werden. Nur informierte und schliesslich integrierte Frauen können ein archaisches, patriarchalisches System überwinden und ihre Rechte gemäss unserer Verfassung wahrnehmen.



Peter Regli: «Übeltäter bestrafen.»



Afghanistan, Provinz Helmand: Britische Soldaten im Kampf gegen den Terror.

■ *Sind Männer zu bestrafen?*

Regli: Gesetzesfeindliches Verhalten vieler Männer dieser Kulturen ist konsequent zu bestrafen. Die Strafen müssen vollzogen und nicht, wie in vielen Fällen, mit bedingten Tagessätzen geahndet werden. Zusammen mit der mehrheitlich moderaten muslimischen Bevölkerung in unseren Ländern muss das Thema aufgegriffen und öffentlich traktandiert werden. Insbesondere die Medien haben hier eine Bringschuld.

■ *Haben wir noch Zeit, uns dieser Herausforderung zu stellen?*

Regli: Die Entwicklung des ausländischen Gewaltextremismus in Europa ist schon weit fortgeschritten. In den Medien und in der Politik wird er aus Angst nur selten und sehr vorsichtig kommuniziert. Die Schweiz könnte vom Ausland lernen und jetzt noch gezielt handeln. Dazu braucht es aber eine klare Strategie seitens der Politik und der Justiz. Beide müssen die Bedrohung eindeutig erkennen wollen. Dem sich ausbreitenden «Appeasement» muss entschieden Einhalt geboten werden.

■ *Welche Bedeutung haben dabei unsere Nachrichtendienste?*

Regli: Den Nachrichtendiensten – als erste Verteidigungslinie jedes demokratischen Rechtsstaates – ist in diesem Zusammenhang erhöhte Beachtung zu schenken. Da-

mit unsere Nachrichtendienste aber erfolgreich arbeiten können, müssen endlich die notwendigen aktualisierten gesetzlichen Grundlagen geschaffen und die personellen Mittel gesprochen werden. Ebenfalls die Bedeutung des Staatsschutzes ist durch die Politiker auf Stufe Bund und Kantone wieder anzuerkennen. Deren Sinn und Zweck ist unserer Bevölkerung zu erklären. Es soll daran erinnert werden, dass der Staatsschutz auch wesentlich dazu beiträgt, die hier arbeitende ausländische Wohnbevölkerung vor Gewaltextremismus zu schützen.

■ *Was erwarten Sie vom aufdatierten sicherheitspolitischen Bericht?*

Regli: Ich erwarte, dass wir im Herbst 2009 einen umfassenden, auf die zukünftigen Risiken und Gefahren für unsere nationale Sicherheit ausgerichteten Bericht erhalten werden. Es wäre falsch, wenn der Bericht vom Juni 1999 nur gerade bezüglich Terrorismus ergänzt würde. Er müsste vollständig neu geschrieben werden.

■ *Wo sind neue Aspekte?*

Regli: Neue Aspekte, wie zum Beispiel die veränderte Wirtschafts- und Finanzlage, der ausländische Gewaltextremismus, der Islamismus als totalitäre und menscheninsbesondere frauenverachtende Ideologie sowie die erhöhte Bedrohung der Informa-

tionstechnologie durch fremde Mächte, müssten im Bericht unbedingt und vernetzt dargestellt werden. Das vermehrte Auftreten von nichtstaatlichen Akteuren (dazu gehörten ebenso die auf den Weltmeeren agierenden Piraten) und die dadurch auch zunehmende Erosion des staatlichen Machtmonopols sind Elemente, welche in die Beurteilung der künftigen nationalen Sicherheitslage einbezogen werden sollten.

■ *Ist Sicherheit noch ein Thema?*

Regli: Der Bericht müsste durch den Bundesrat dem Parlament zur vertieften Diskussion, und nicht nur zur Kenntnisnahme, unterbreitet werden. In diese notwendige Diskussion wäre auch die Bevölkerung einzubeziehen. So könnte es gelingen, die nationale Sicherheit endlich wieder zu einem ernsthaften, permanenten Thema in der Öffentlichkeit zu machen.

■ *Braucht es den Bericht?*

Regli: Nur mit einem neu erarbeiteten Bericht wird es möglich sein, unsere nationale Sicherheit zukunftsgerichtet zu definieren und, davon abgeleitet, die Aufträge an Polizei, Grenzwachtkorps, Armee und Nachrichtendienste umfassend und aktualisiert festzulegen. Dazu brauchen wir aber Visionäre und in die Zukunft blickende Politiker, welche die Botschaft verstehen und diese mit Überzeugung umsetzen wollen. fo. ■